



Zypern-Hilfe schützt die Euro-Zone

Warum die Entscheidung so wichtig war

Diesen Donnerstag hat eine breite Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne nach ausführlicher Beratung für das mehrfach überarbeitete Hilfspaket für Zypern gestimmt. Die Hilfskredite sind für das am Rande der Handlungsfähigkeit stehende Land eine Grundvoraussetzung dafür, um langfristig wieder auf eigenen, tragfähigen Beinen stehen zu können.

Zwei Punkte sind maßgeblich gewesen: Erstens müssen die Missstände im zypriotischen Banken- und Staatssystem schonungslos aufgedeckt und ausgeräumt werden. Zweitens muss das betroffene Land einen eigenen Beitrag zu seiner Erholung leisten. Besonders bei Zypern gilt es, die Profiteure des Systems, also Eigentümer, Gläubiger und Einleger der Banken, in vertretbarem Maße an den entstandenen Lasten zu beteiligen.



Sechs Aspekte charakterisieren den internationalen Finanzmarkt der Zukunft. Nur mit Stabilität können Reformen „an lebenden Systemen“, sprich Staaten und Banken, vorgenommen werden. Grafik: BMBF

Kernpunkte des Rettungsplans für Zypern sind:

- Der aufgeblähte zypriotische Bankensektors wird drastisch verkleinert: Banken fusionieren und konzentrieren sich wieder auf die Kreditversorgung der heimischen Wirtschaft.
- Die Bekämpfung von Geldwäsche wird effektiver umgesetzt und überwacht.
- Zypern erhöht die Körperschaftssteuer sowie die Quellensteuer auf Kapitalerträge, um Steuereinkünfte an den Stellen zu erzielen, an denen viel Geld verdient wird.
- Die Regierung in Zypern bemüht sich intensiv um Haushaltskonsolidierung, Strukturformen und Privatisierungen.

Für die zugesagten Reformen stellt der Europäische Rettungsfonds Notkredite in Höhe von 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Zypern selbst steuert 13 Mrd. Euro bei, um auf die benötigten 23 Mrd. Euro zur Rekapitalisierung und Restrukturierung des Bankensektors zu kommen.

„Wir sind bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise im letzten Jahr gut vorangekommen. Deshalb müssen wir uns nun auch der Probleme des kleinen Inselstaates annehmen, obwohl sein Bruttosozialprodukt nur 0,2 Prozent der Euro-Zone beträgt. Wir müssen verhindern, dass aus Problemen in Zypern Probleme für die anderen Länder werden“, sagte der Finanzminister im Plenum des Deutschen Bundestages.

Die „Alternative“ ist keine Alternative

Am kommenden Montag diskutiert Thomas Strobl um 23 Uhr im SWR-Fernsehen mit dem Kopf der eurokritischen Partei „Alternative für Deutschland“, Prof. Bernd Lucke.

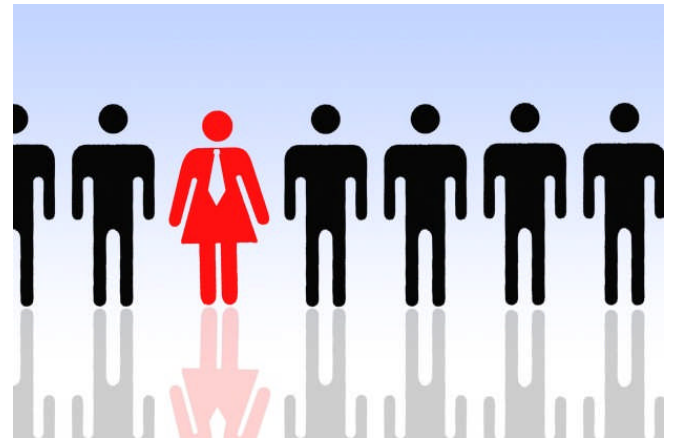
Zur „Alternative für Deutschland“ sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands: „Wer seine Stimme dieser Protestpartei gibt, befördert am Ende Rot-Grün an die Regierung. Er erreicht damit das Gegenteil von dem, was er im Sinn hat: Dann kommt die Vergemeinschaftung der Schulden; Deutschland haftet dann erst recht für das schlechte Wirtschaften anderer EU-Staaten – denn so wollen es SPD und Grüne.“

Sie können die Diskussion ab Dienstag auch im Internet <http://www.swr.de/2plusleif/> ansehen unter <http://www.swr.de/2plusleif/>.

SONSTIGE THEMEN IM PLENUM

- Bürokratieabbau bei Aufbewahrungsfristen
- Steuerbefreiung für freiwillig Wehrdienstleistende, Reservisten und für Taschengeld bei zivilen Freiwilligendiensten
- Öffentlich-Private Partnerschaften mittelstandsfreundlich gestalten

Förderung von Frauen in der Wirtschaft



Der Stellvertretende Parteivorsitzende Thomas Strobl zeigt sich erfreut darüber, dass diese Woche mit Blick auf die Frauenpolitik der CDU ein wichtiger Kompromiss geschlossen wurde: eine 30-prozentige Frauenquote in Aufsichtsräten ab 2020. Zuvor hatten sich zahlreiche Abgeordnete und auch Sozialministerin von der Leyen erbittert mit wirtschaftsliberalen Kräften in der Union darum gezankt und sogar gedroht, einem Gesetzentwurf von Grün-Rot zuzustimmen.

Thomas Strobl MdB sagt dazu: „Wir unterstreichen damit, dass es uns ernst ist mit einem Anteil an Frauen in Führungspositionen. Das ist ein wichtiges Signal in die Wirtschaft hinein und für unsere Gesellschaft insgesamt. Ich bin mir sicher, dass dieses Signal seine Wirkung nicht verfehlen wird.“

„Betrachtet man im Übrigen die Ministerien der grün-roten Landesregierung sieht es beim Frauenanteil in der Führungsebene mau aus: Unter den Abteilungsleitern sind nur 10 Prozent Frauen!“, so der Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg weiter.

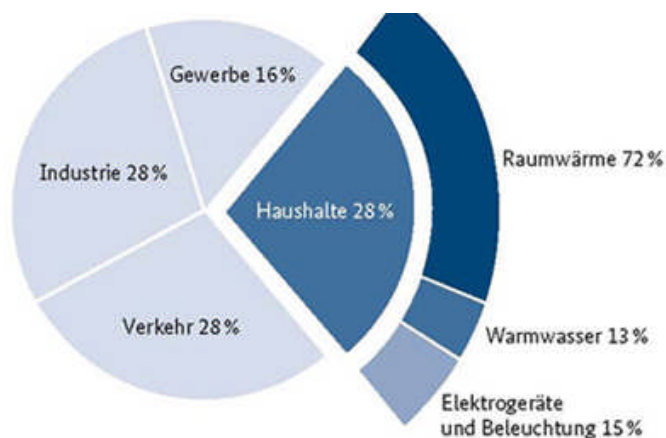
Die meisten mittelständischen Betriebe sind von der Vorschrift im Übrigen nicht betroffen: Die Quote gilt für Firmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten und Börsennotierung.

Die Energiewende gelingt. Deutschland erzielt Rekord-Stromüberschuss.

Wie schon in den sechs vorangegangenen Jahren, war Deutschland auch 2012 im Saldo wieder Stromexporteur. Insgesamt wurden nach Angaben der vier großen Übertragungsnetzbetreiber im vergangenen Jahr 43,8 Terrawattstunden (TWh) über die europäischen Stromnetze nach Deutschland eingeführt. Währenddessen exportierte Deutschland im gleichen Zeitraum 66,6 TWh. Dies ergibt einen Überschuss von 22,8 TWh. Damit wurde 2012 der höchste Überschuss der letzten vier Jahre erzielt. Deutschland erwirtschaftete durch diesen Stromüberschuss im vergangenen Jahr 1,4 Mrd. Euro. Der Wert der Stromausfuhren betrug 3,7 Mrd. Euro, während die Importwerte bei 2,3 Mrd. Euro lagen.

Dabei hat die Stromerzeugung insgesamt sogar eher abgenommen; betrug sie 2010 noch 629 Mrd. kWh, sind es 2012 nur um die 617 Mrd. kWh gewesen. Der Überschuss entsteht also bereits heute durch Einsparungen im Stromverbrauch.

Wo der Strom verbraucht wird:



Der Energieverbrauch der Heizung wird meistens unterschätzt, daher stellt die Wärmedämmung in Häusern und Wohnungen ein wesentlicher Faktor zum Gelingen der Energiewende dar. CDU/CSU und FDP wollen solche Umbaumaßnahmen steuerlich begünstigen, SPD und Grüne lehnen das ab. Quelle: dena/BMWi

Unterwegs in Baden-Württemberg



Als Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg ist Thomas Strobl viel im Ländle unterwegs. Das Auto ist für ihn ein Arbeitsplatz, an dem er Telefonate führt, Emails beantwortet, Presse liest und sich auf seine Termine vorbereitet. Sobald die flächendeckende Versorgung gesichert ist, möchte er im Übrigen einen Wagen mit Elektroantrieb fahren.

Abgeordnetenbüro Heilbronn:
 Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
 Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
 thomas.strobl@wk.bundestag.de
 www.thomas-strobl.de

Abgeordnetenbüro Berlin:
 Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
 thomas.strobl@bundestag.de

v.i.S.d.P.:
 Antonia Ritter, Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
 Zur Abbestellung bitte Nachricht an das Abgeordnetenbüro